

Ich verfolge mit Sorge, wie unsere aktuelle Softwareauswahl uns – als öffentlichem Dienst – immer mehr Entscheidungen automatisiert abnimmt oder uns sogar fremdbestimmt.

Dazu möchte ich einen Vergleich als Beispiel anreißen:

Während einer Urlaubsreise in Indien stellte ich persönlich fest, dass manche Bauern kein eigenes Saatgut mehr hatten. Sie sind in Abhängigkeit geraten und müssen jedes Jahr genmanipuliertes Saatgut eines Weltkonzerns kaufen. Ihre Kulturpflanzen, die jahrhunderte oder Jahrtausende lang als Gemeingut gekreuzt, gezüchtet, ja kultiviert wurden, werden heute von Gentechnik-Agrarkonzernen unter Laborbedingungen geringfügig verändert, um anschließend gegen Nutzungsgebühr – ein Lizenzgeld – unter das Volk gebracht zu werden. Wer ohne Genehmigung Saatgut der Gentechnik-Agrarkonzerne anpflanzt, kann von ihren gut ausgebildeten und hochbezahlten Anwaltstrupps auf dem Rechtsweg angegangen werden. Kulturpflanzen sind somit nicht länger als Gemeingut zugänglich, sondern sie sind privatisiert.

In diesem Beispiel sehe für einen starken Trend, den ich für sehr bedenklich halte. Ich nenne diesen Trend „**strategische Fremdbestimmung für Zwecke der Privatwirtschaft**“.

In der IT-Welt ist das Saatgut einer Software der Quelltext. Ist der Quelltext und damit das Wissen um die Funktionsweise von Software ausschließlich der Privatwirtschaft zugänglich, geraten wir auch hier in eine Fremdbestimmung.

Diese Einhegung von Wissen nennt man im IT-Bereich auch „*proprietär*“. Und damit bin ich beim Gegenbegriff „*Open Source*“. Der Begriff „*Open Source*“ – also quelloffen – steht für frei verfügbare und frei gestaltbare Software.

Mich bewegen die Fragen:

- Wie frei oder wie fremdbestimmt können wir mit Hard- und Software arbeiten?
- Wie stark machen uns Hersteller abhängig von ihnen?
- Wie zwingen uns Geräte und Softwareverfahren in vorgegebene Arbeitsabläufe?
- Wieviel zahlen wir – als öffentliche Hand – für unsere Abhängigkeit?

Das Wissen, wie Softwareverfahren der städtischen IT im Genauen arbeiten, haben meist nur noch private IT-Anbieter. Die kalkulieren und produzieren allerdings nicht gemeinwohlorientiert. Zwar kann die städtische Verwaltung die proprietäre Software konfigurieren und nutzen, die Funktionen im Hintergrund dieser Software bleiben ihr aber verborgen. Diese Geheimhaltung umfasst unter anderem das Wissen über den konkreten Ablauf der Datenverarbeitung. Nötiges Wissen für den verantwortungsvollen Verwaltungsbetrieb ist somit privates Geheimnis und nicht öffentlich einsehbar. Eine datenschutz- und datensicherheitsrelevante Herausforderung! Die begrenzte Gestaltbarkeit von Softwareschnittstellen erzeugt zudem eine Abhängigkeit von bestimmten Softwareanbietern, die sich auf diese Weise einen monopolartigen Marktvorteil sichern. Dies schränkt die Auswahl von passenden IT-Anwendungen und Geräten stark ein. Schränkt somit auch die kommunale Selbstverwaltungshoheit und die selbstbestimmte Organisation unserer Arbeitsabläufe ein. Hier möchte ich als „*Open-Source-Software*“ als Alternative für unsere Stadt diskutieren.

Die Tatsache, dass die Stadt Dortmund mit Anbietern von Softwareverfahren nicht auf Augenhöhe verhandeln kann, beschäftigt mich sehr. Die erkennbar zunehmende Fremdbestimmung betrifft uns alle. Deshalb halte ich eine vertiefende öffentliche Diskussion

für erforderlich. Ich würde mich über euer Votum freuen, diese Diskussion für ver.di organisatorisch begleiten zu dürfen.

ver.di Dortmund bietet in diesem Jahr bereits monatliche Arbeitstreffen zum Thema an, die unter dem Stichwort „*Open Offices*“ laufen wozu ich euch alle herzlich einladen darf.

Eine dortmunder Diskussion würde im Verbund mit weiteren gesellschaftlichen Kräften stattfinden:

- Die grundsätzliche Frage, wie wir öffentliche Dienstleistungen mit menschengerechter, selbstbestimmter Technologie erbringen, ist beim ver.di Bundesvorstand thematisch angesiedelt.
- Die Entwicklung einer Diskussion in Dortmund wird von der ver.di Bundesebene auch bereits unterstützt. Am Fachgespräch „Digitalisierung“ des ver.di Bundesvorstandes am 8. Dezember in Berlin habe ich bereits teilnehmen dürfen.
- Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie empfiehlt den Einsatz von Open-Source-Software und hat dazu einen Leitfaden herausgegeben.
- Auch unser Personalrat sieht die Gefahr einer zunehmenden Fremdbestimmung und beteiligt sich bereits an der Diskussion.
- Eine **Risikoanalyse** ist insbesondere für den öffentlichen Dienst erforderlich: Tun die eingesetzten IT-Verfahren wirklich nur das, was sie tun sollen? Wir Beschäftigte tragen die Verantwortung für die uns anvertrauten Daten. Einschränkungen der Transparenz und der demokratischen Kontrollmöglichkeiten können an anderer Stelle nicht ausgeglichen werden!
- Hinweis auf die „[Bürgerinitiative Do-FOSS](#)“
- Hinweis auf den anstehenden Schreibprozess des „[IT-Konzept 2016-2021](#)“ des [Dortmunder Systemhauses](#)

Ich würde mich freuen, wenn ver.di Dortmund die weitere Auseinandersetzung mit dem Thema offiziell unterstützen würde und wir bisherige Erkenntnisse für eine Inside aufbereiten dürften.